

Wendula Dahle (Hg.):
 Die Geschäfte mit dem
 armen B. B. – Vom geschmähten
 Kommunisten zum Dichter
 »deutscher Spitzenklasse«, VSA
 Hamburg 2007, 174 S. (15,80 €)

Über Bertolt Brecht wird wieder diskutiert. Im Jahr 2006, als der 50. Jahrestag seines Todes Anlass zu feierlichem Gedenken gab (was größtenteils nicht mehr feierlich war), wurden auch Überlegungen angestellt, inwiefern sich das Werk dieses »Klassikers der Moderne« für die Bildungsarbeit nutzen lässt. Der Deutsche Bildungsserver (www.bildungsserver.de) richtete ein entsprechendes Modul ein, der Politikprofessor Uwe Hirschfeld steuerte zu dem Buch »Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire« von Peter Mayo (2006) einen Anhang mit dem Titel »...und Brecht« bei, der, an frühere Ansätze wie Frigga Haugs »Lernverhältnisse« (2003) anknüpfend, eine Erkundung von Lernanordnungen im Sinne der Brechtschen Flüchtlingsgespräche oder Lehrstücke vornahm (vgl. »Brecht als Pädagoge« in: Praxis Politische Bildung 4/06).

Die Bremer Literaturprofessorin Wendula Dahle hat nun im Sommer 2007 einen Band herausgegeben, der solche Diskussionen fortsetzt und seinerseits einige Diskussionen in Weblogs ausgelöst hat (Stalinismusvorwurf etc.). Ausgangspunkt der Publikation ist die Vereinnahmung und Verharmlosung des unbequemen Autors, die im Jubiläumjahr ausgiebig zelebriert wurde. Unter tatkräftiger Mitwirkung von Literaturfunktionären wie Marcel Reich-Ranicki wurde Brecht ja als wortgewaltiger Entertainer, Politikasper, Frauenausbeuter und letztlich als großer Deutscher gewürdigt. Gegen diese nationale Beschlagnahme schreibt der Sammelband von Dahle entschieden an. Die acht Autoren teilen dabei die politische Intention Brechts, nämlich seine Kritik an der kapitalistischen Welt, aber nicht unbedingt die politischen oder ästhetischen Schlussfolgerungen, die er im Laufe seines Lebens gezogen hat.

Der Band beginnt mit der aktuellen Situation im neuen Deutschland, festgemacht an den Reden von Herzog, Stoiber oder Merkel,

was zur Kernfrage nach der Rolle der Nation führt. Die Kritik des Nationalismus wird u. a. an der Gegenüberstellung von deutscher Nationalhymne und Brechts »Kinderhymne«, auch mit aktuellen Bezügen zum Fußballsommer 2006, konkretisiert. Seine Fortsetzung findet das in weiteren Fallstudien, die eine Auseinandersetzung mit der didaktischen Aufbereitung des Werks leisten, mit den damaligen wie heutigen Interpreten und auch mit dem politischen Gehalt der Stücke selbst. Im Grunde wird hier eine Sammlung exemplarischer Analysen – zum Verhältnis von Literatur und Politik und zur Kulturpolitik in den beiden deutschen Staaten – geboten, die für Brecht-Kenner wie Einsteiger gleichermaßen von Interesse sein dürfte.

Das Buch konzentriert sich im Schlussteil auf die politisch umstrittenen Stücke, die nicht wie die »Dreigroschenoper« oder die »Buckower Elegien« ins kulturelle Erbe eingegangen sind: »Die Mutter«, das Lehrstück »Die Maßnahme« oder die Versifizierung des kommunistischen Manifests. Das führt zu einer Auseinandersetzung mit dem politischen Inhalt, denn die Autoren nehmen das epische Theater nicht nur, wie in der pädagogischen Diskussion verschiedentlich vorgeschlagen, methodisch ernst – als interessante Versuchsanordnung für Lernerfahrungen –, sondern diskutieren die Themen, die die Lehrstücke verhandeln und an denen dem Stückeschreiber lag, im Fall der »Maßnahme« also die Frage, was der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung für die Menschlichkeit der Kämpfenden bedeutet. Die Analyse ist besonders aufschlussreich, denn das Stück gilt gemeinhin als Musterbeispiel eines stalinistischen Politikverständnisses, das über Leichen geht.

Der Spiegel (37/07) eröffnete z. B. im Herbst 2007 seine dubiose Enthüllungsgeschichte über die Toten von Stammheim mit einem Zitat aus der »Maßnahme«. Die von Brecht proklamierte Rücksichtslosigkeit gegenüber fremdem wie eigenem Leben habe die RAF inspiriert, ihren Selbstmord als letzte Kampfmaßnahme einzusetzen. Dahle und Koautor Wolfgang Leyerer zeigen, dass der Stalinismusvorwurf an der Sache vorbeigeht. Das Stück handelt nicht von einer Parteidoktrin, die von oben durchgesetzt werden soll, sondern versucht einen kollektiven Lernprozess

zu inszenieren. Die Zuspitzung auf die Frage, ob das eigene Leben zu opfern ist, orientiert sich, so die Autoren, weniger an taktischen Fragen des Untergrundkampfes als an der idealistischen Dramatik der deutschen Klassik und deren Humanitäts-Pathos. Seit Generationen werden ja deutsche Schüler mit den einschlägigen Sprüchen von Schiller (»Und setzt ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein...«) oder Goethe (»Und so lang du das nicht hast, dieses: Stirb und werde...«) auf das soldatische Ethos des Staatsbürgerdaseins eingestimmt. Brecht wollte dagegen die Bühne, die moralische Anstalt des Bürgertums, mit Fragen des brennend heißen Klassenkampfes besetzen und ihnen die gleiche theatralische Wucht verleihen.

Für die (politische) Bildungsarbeit können die Überlegungen des Sammelbandes aus zweierlei Gründen interessant sein: Erstens wird in der Konzeption der Lehrstücke das thematisiert, was in den didaktischen Debatten der letzten Zeit als Kritik der Belehrungskultur vorgetragen wurde. Brechts Theatertheorie wendet sich in ähnlicher Weise gegen Belehrung, angestrebt wird ein Prozess des Lehrens und Lernens, der auf die Selbsttätigkeit der Akteure setzt – und auch auf ein aktives Publikum, das eben nicht in einer rezipierenden, »glotzenden« Rolle verharrt. Zweitens gibt der Band medienpädagogische Anregungen, welche Werke thematisch interessant sind und sich in der Bildungsarbeit einsetzen lassen. Am Beispiel der »Kriegsfibel«, die mit der Kombination von Bild und Text arbeitet, wird demonstriert, dass die gängige Konzentration aufs Bild in die Irre führt. Brecht misstraute der aufklärerischen Leistung von Abbildungen; die Photographie einer modernen Fabrik, schrieb er im »Dreigroschenroman«, sagt nichts über den ökonomischen Inhalt dieser Einrichtung aus. So versuchte er mit der »Kriegsfibel« die in der Mediengesellschaft bereits durch Texte fixierten Bilder mit neuen Inschriften zu konfrontieren und dadurch Lernprozesse anzustoßen – ein Beispiel dafür, dass der didaktische Poet Brecht Modelle für ein entdeckendes, selbst gesteuertes Lernen liefern kann, das bildungspolitisch heute in hohen Ehren steht.

JOHANNES SCHILLO

Andreas Exner, Werner Rätz,
Birgit Zenker (Hg):
Grundeinkommen –
Soziale Sicherheit ohne Arbeit,
Paul Zsolnay Verlag Wien 2007,
288 S. (21,50 €)

Kaum eine Idee hat es je geschafft, in aller Munde zu sein und von allen Lagern – von neoliberal bis in die linke Ecke – geliebt und gehasst zu werden. Die Rede ist vom Grundeinkommen. Obwohl die Vorstellung von einer gesicherten Existenz durch ein monatliches Einkommen auch nicht mehr die jüngste ist, hat sich das Thema seit den Hartz-IV-Protesten 2002 zum Zankapfel um unsere zukünftige Gesellschaft gemauert.

Seitdem wird vor allem um das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) gehauen und gestochen. Selbst Gegner und Befürworter sind sich jeweils untereinander nicht grün. Einigkeit sei aber auch nicht das Entscheidende, kontert jetzt ein neu erschienenes Buch mit dem schlichten Titel: »Grundeinkommen: Soziale Sicherheit ohne Arbeit«. In diesem neuen Band zum Thema Grundeinkommen kommen zahlreiche linke Stimmen zu Wort: gegen einen verengten Arbeitsethos, sinnlosen Konsum und für soziale Sicherheit.

Die Herausgeber betonen gleich im Vorwort, dass ihnen an Diskussion und Auseinandersetzung um die Idee an sich gelegen sei, die »mit der ganzen Breite des gesellschaftlichen Spektrums« geführt werden solle. Dabei gehe es keineswegs darum, sich dem realpolitischen Handlungszwang auszusetzen, sprich das Grundeinkommen – koste es, was es wolle – morgen einzuführen.

Entsprechend bunt gemischt ist auch die Autorenschaft des Buches. Die Herausgeber Andreas Exner, Werner Rätz und Birgit Zenker haben tatsächlich verschiedenste Positionen – vom Unternehmer Götz Werner bis hin zum Altsozialisten André Gorz – zusammengetragen. Eines haben sie jedoch gemeinsam: Sie halten die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zumindest für einen wichtigen Schritt, der eine gerechtere Welt ermöglichen könnte. Das ist schon einmal ein Fundament, auf dem sich argumentativ bauen

lässt. Auch erweist sich diese Herangehensweise in jedem Fall als konstruktiver, als den zarten Keim mit blinder Wut gleich im Ansatz mit einer unangemessenen Vehemenz zu zertreten, wie es gelegentlich offensichtliche Grundeinkommens-Hasser im linken Lager tun. Doch sicherlich wird das Buch auch utopiefeindliche Pragmatiker wie Linksfraktionsmitglied Klaus Ernst kaum überzeugen. Dieser hatte erst kürzlich in einem Artikel verlauten lassen, dass ein BGE »ins Nirvana« führe und ökonomischer wie sozialpolitischer Unsinn sei.

Um Überzeugungsarbeit im herkömmlichen Sinne geht es den Autoren aber auch nicht. Für eine genaue Erläuterung einzelner Modelle und greifbare Finanzierungskonzepte wurden andere Bücher geschrieben, wie der attac-Basistext »Grundeinkommen: bedingungslos«.

So werden nicht viele Beiträge des neuen Bandes konkret im Sinne numerischer Beweisführung – dafür aber provokativ frech in alle Richtungen. Eine Speerspitze ist in jedem Fall das Essay von André Gorz, der ganz im Sinne der Marxschen Kapitalismuskritik das Grundeinkommen weniger als Heilsversprechen, denn zuerst einmal als Aufrechterhaltung der kapitalistischen Warengesellschaft sieht. Denn, so die systemimmanente Logik, wo kein Konsument, da ist irgendwann auch kein Profit mehr in Sicht. Eine »Beherrschbarkeit der Bürger« durch die Waren-Lohn- und Marktbeziehungen werde somit durch ein garantiertes Einkommen nicht aufgelöst. Weniger solle das Grundeinkommen demnach als Zweck, denn als Mittel der Menschen verstanden werden, »sich ihre Arbeit und Arbeitsmittel anzueignen« und den Teufelskreis der Produktion um den Willen des Geldverdienens zu durchbrechen.

Letzterer Gedanke spielt auch bei einigen anderen Autoren im Buch eine zentrale Rolle. Nicht nur aus ökologischer Sicht wird dort gefragt, was wir eigentlich zu welchem Zweck produzieren und aus welchem Grunde. Es hat auch weniger mit Askese oder abstraktem Akademikertum, denn mit gesundem Menschenverstand zu tun, wenn Autoren wie der Soziologe Heinz Steinert feststellen, dass »ganz viel von dem, was mit Lohnarbeit hergestellt wird, mehr schadet als nützt und zumindest Schund ist« oder die Herausgeberin

Birgit Zenker fragt, ob unsere Gesellschaft wirklich »Arbeit um beziehungsweise zu jedem Preis braucht«.

Die Diskussion um ein Grundeinkommen greift also – das macht das Buch klar – viel weiter als die Diskussion um das neue Prekariat oder den Arbeitszwang durch Hartz IV. Das wiederum haben arbeitszentrierte Gewerkschaftler wie Klaus Ernst nicht bedacht, wenn sie schreiben, dass das Grundeinkommen nicht einmal als Utopie herhalte. Denn dass der derzeitige Arbeitsbegriff mit seiner strikten Bindung an die Lohnarbeit gar nicht zukunftsfähig sein kann, werden viele Beiträge des Buches nicht müde zu betonen und ist angesichts der globalen Arbeitswelt auch kaum zu verhehlen.

Auf der einen Seite geht es dabei um die Forderung nach der Entkopplung der sozialen Sicherheit von der Erwerbsarbeit, »auf das die Kreativität in die Menge sprühe«, wie die etwas naive Überschrift eines Beitrages des Philosophen Karl Reitter nahe legt. Andererseits soll aber durch eine gewisse Gleichheit, die das Grundeinkommen garantiert, die derzeitige Spaltung der Gesellschaft in stigmatisierte Arbeitslose und noch-in-Arbeit-befindlichen Menschen aufgehoben werden. Das ist nach dem Publizist Kai Ehlers, dessen Beitrag sich an sein Buch »Grundeinkommen für alle – Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft« anlehnt, erst die Voraussetzung für eine neue solidarische Gemeinschaft. Ehlers zeigt in seinem Beitrag als einer der wenigen im Buch auch auf, dass es nicht darum gehen kann, auf ein irgendwann kommendes Grundeinkommen zu warten, sondern dass schon jetzt durch lokale Vernetzung und Solidarisierung an einer neuen Gemeinschaft gebaut werden könne. Auch taucht hier neben der Errichtung eines lokalen Schutzraums im Globalisierungssturm des Kapitals die bereits erwähnte Frage wieder auf, welche Produkte in der Region eigentlich benötigt und was zur »eigenproduktiven Selbstversorgung« eigentlich gebraucht werde.

Das geht für den Politikwissenschaftler und Organisator des Umweltkongresses McPlanet, Chris Methmann, mit der Annahme einher, dass durch ein Grundeinkommen Konsum zwar nach wie vor möglich, aber nicht mehr zwingend ist. Seiner Ansicht nach ist durch das

Mehr an Gleichheit der Anteil des Menschen an der Gesellschaft sichergestellt und so eine Vergesellschaftung über den Konsum überflüssig. Thesen wie diese haben in diesem Buch ihre Berechtigung, auch wenn ihr unerschütterlich-naiver Glaube »an das Gute im Menschen« schon zum Widerspruch reizt.

Insgesamt gesehen gleicht das Buch einem Mosaik-Puzzle, dessen Teile zwar irgendwie zusammenpassen, aber doch am Ende noch kein großes Ganzes ergeben. Aber das soll es auch nicht. Zwar kommen einige Beiträge leider sehr spät zum Punkt und erzählen noch einmal ihre Version der Sicht auf die Welt, die wir aber auch schon in Büchern wie der Globalisierungsfalle oder anderen Standardwerken der neoliberalen Kritik gelesen haben. Doch ohne Zweifel punktet das Buch eben damit, dass durch den bunten Mix der Autoren hier ein Werk mit zahlreichen Gedankenansätzen entstanden ist, die zum Nachdenken anregen und der Debatte um das geliebt-gehasste Thema Grundeinkommen weiter Nahrung geben.

SUSANNE GÖTZE

Wolfgang Möhl, Theo Wentzke:
Das Geld – Von den
vielgepriesenen Leistungen
des schnöden Mammons,
GegenStandpunkt Verlag München
2007, 162 S. (15 €)

»DM-Imperialismus« lautete, lang ist's her, ein Vorwurf an die deutsche Vereinigung, der ausgerechnet vom neudeutschen Star- und Staatsphilosophen Habermas kam. Eine populäre, wohlwollende Fassung der vorwurfsvollen Feststellung wurde von den Wendedeutschen skandiert: »Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr.« Auch das ist lange her, die Währungsunion von Westmark und Ostmark Historie, die DM ebenfalls. Heute regiert wie selbstverständlich der Euro als Maß aller Dinge, das sich nur noch mit Dollar, Yen und ein paar anderen Kandidaten messen muss. Gegen die historische wie aktuelle *Selbstverständlichkeit* der marktwirtschaftlichen Geldmacht argumentiert

jetzt die neue Veröffentlichung aus dem marxistischen GegenStandpunkt-Verlag und zeigt damit – wenn auch polemisch zugespitzt und auf gut 150 Seiten komprimiert –, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Kritik der politischen Ökonomie kein Schnee von gestern ist. Ein Kapitel des Bandes, der Texte aus der Vierteljahrszeitschrift GegenStandpunkt bzw. von den dort engagierten Autoren (Kar Held, Theo Ebel, Peter Decker...) versammelt und aktualisiert, trägt die Überschrift: »Die deutsch-deutsche Währungsunion – die erstmalige korrekte ›Anwendung des Wertgesetzes‹ auf dem Boden der DDR«. Das Kapitel dürfte vor allem bei ostdeutschen Linken auf Interesse stoßen. Die Autoren beschäftigen sich mit der damaligen Währungsunion und führen auf 26 Seiten einen regelrechten *Systemvergleich* von DM und Mark der DDR durch: Preise und Güter, Armut und Reichtum, Währung und Weltgeld... Dass der kapitalistische Westen in Sachen *Geldvermehrung* durch Ausbeutung nicht zu schlagen ist und seine Massen das Nachsehen haben, ist die eine – und nach den voraus gegangenen Ausführungen des Buches nicht sonderlich überraschende – Seite. Die arbeiterfreundlichen Staatswesen des Ostens aber haben ausgerechnet das *Geld* als Mittel ihrer *Planung* eingesetzt. Wolfgang Möhl und Theo Wentzke als Verantwortliche des Autorenkollektivs nehmen auch das nicht als die Selbstverständlichkeit, die heute weltweit gilt und einfach unterstellt, dass Wirtschaften natürlich nie anders als mit Geld gehen kann. Sie weisen vielmehr nach, dass auch der »reale Sozialismus« mit dieser prinzipiellen Entscheidung die gesellschaftlichen Reichtumsproduzenten von dem von ihnen produzierten Reichtum getrennt hat – selbst wenn Preise und Geld in der DDR anders funktioniert haben und die *Formen* der Armut etwas anders ausgefallen sind als im Goldenen Westen, wo Mittellosigkeit im nackten Elend resultiert. Am Ende haben dann die Parteien des Ostens mit einer gewissen Folgerichtigkeit, enttäuscht von den Leistungen *ihrer* Geldes und den Ergebnissen ihrer Reichtumsproduktion, ihr alternatives System weggeworfen und damit die Macht des »wirklichen« Geldes bekräftigt. »Geld muss man nicht erklären, man muss es haben«. Mit dieser Feststellung steigen Möhl/Wentzke

in ihr Buch ein: Niemand muss wissen, was es mit dem Geld eigentlich auf sich hat, um das sich doch alles dreht. Genau das nehmen sie sich vor – eine wissenschaftliche Erklärung dieses Herzstücks der kapitalistischen Ökonomie zu leisten. Einführend ziehen sie aus den alltäglichen Erfahrungen, die jeder mit dem alles beherrschenden Geldverkehr macht, erste fundamentale Schlüsse auf den Begriff des Geldes und den Charakter des Reichtums in einer Gesellschaft freier Eigentümer. Das zweite Kapitel setzt sich mit den wissenschaftlichen Versuchen auseinander, die die bürgerliche *Volkswirtschaftslehre* in Sachen Geld zu bieten hat. An deren einschlägigen Argumenten und prominenten Vertretern zeigen die Autoren, dass Begeisterung für und Sorge um das Funktionieren des Geldes ein ziemliches Hindernis für das Begreifen einer Sache darstellen. Mit seinen Überlegungen zum »Wert« hat *Karl Marx* dagegen schon vor 150 Jahren des Pudels Kern getroffen, und für Möhl/Wentzke liegt es mitnichten an schwer zu begreifenden Gedanken oder altertümlicher Begriffsbildung, dass ihn kaum jemand versteht bzw. verstehen will. Sie erklären ihren Lesern die zentralen Aussagen der so genannten Arbeitswertlehre jedenfalls in dankenswerter Deutlichkeit, sozusagen »zum Mitschreiben«. Gleich mehrere Kapitel befassen sich – ohne dass damit an der Gültigkeit der Marxschen Polit-Ökonomie gerüttelt würde – mit dem, was der bürgerliche Staat auf dem Feld von Geld und Kredit modernisiert hat, um seine Ökonomie und die Akkumulation abstrakten Reichtums so richtig in Schwung zu bringen. Ein Kapitel über »Das Geld des Staates« thematisiert das heute gültige Zahlungsmittel, das staatliche *Kreditgeld*. Was Marx im dritten Band des »Kapital« begonnen hat, wird hier also mit schlüssigen Argumenten fortgesetzt. Die Entwicklung von der Geldmaterie Gold bzw. Silber zum modernen Papiergeld, das kraft staatlicher Gewalt zum allgemeinen Äquivalent avanciert, wird ebenso erläutert wie der Zusammenhang zwischen den Schulden, die der moderne Staat zur Betreuung und Förderung seines Kapitalstandortes aufnimmt, und der daraus mit Notwendigkeit folgenden Entwertung des gesellschaftlichen Zahlungsmittels, bekannt unter dem Namen Inflation. Unter dem Titel »Geld – das reale Gemeinwesen« widmen sich die

Autoren noch einmal der ausschließenden Macht des Eigentums und dem ihm zu Grunde liegenden *gesellschaftlichen Gewaltverhältnis*. In Form von drei Anhängen zu speziellen Fragen (»Wie kann Papiergeld ›Maß der Werte‹ sein?«, »Das Maß des kapitalistischen Reichtums: ›Surplus-Arbeitszeit‹« und »Grundsätzliche Bemerkungen über Geld und Gewalt, Währung und Gold«) sind Diskussionsbeiträge aus dem Gegenstandspunkt aufgenommen – und wohl auch als Einladung gedacht, diese Diskussion fortzuführen.

RENATE DILLMANN

Arno Hecht:
Der Ostdeutsche – ein Fehlgriff
der sozialen Evolution? oder
Eine Gegenwart ohne Zukunft,
 trafo verlag dr. wolfgang weist
 Berlin 2006, 288 S. (15,80 €)

In Verlegerkreisen ist von »Betroffenheitsliteratur« die Rede, unter westdeutschen Kritikern von »unerträglicher Larmoyanz«. Viele Ostdeutsche aber lesen die Bücher von Arno Hecht, Hanna Behrend, Rita Kuczynski, Siegfried Wenzel und anderen ähnlich schreibenden Autorinnen und Autoren mit Zustimmung und Interesse. Verkörpern diese Bücher doch eine Sicht auf die Gegenwart, die in den marktbeherrschenden Medien zumeist ausgespart bleibt, weil es die Sicht der Verlierer des deutschen Vereinigungsprozesses ist.

Bereits der Titel stellt in mehrfacher Hinsicht eine Provokation dar. Erstens, indem er *den Ostdeutschen* zur Titelfigur erhebt und damit bewusst die sonst übliche Differenzierung der ostdeutschen Population in Gewinner und Verlierer, Täter und Opfer, Integrierte und Exkludierte übergeht. Zweitens, weil der Terminus »soziale Evolution« mit keinem der geschichtsphilosophischen Erklärungsansätze vereinbar ist. Und drittens, weil hier der Gegenwart keine Zukunft eingeräumt wird und die Entwicklung seit der Wiedervereinigung zur »Sackgasse« erklärt wird. All diese Aussagen sind strittig, genau genommen sogar falsch. Das weiß auch der Autor. Er benutzt sie aber, um zu provozieren, genauer, um die ge-

genteiligen Aussagen als Falschaussagen zu entlarven. Und dies gelingt ihm, sprachlich gekonnt und nicht verlegen um die nötigen Belege, durchaus. Trotzdem erscheint es problematisch, mit einem derartigen Titel aufzuwarten. So mancher potentielle Leser wird dadurch vielleicht verschreckt. Mitunter regt sich auch Widerspruch, wenn eine Behauptung allzu dreist und überzogen vorgetragen wird.

Arno Hecht, Autor mehrerer Bücher zur Wende- und Nachwendeproblematik, zeichnet in diesem Buch das Bild einer Spaltung. Den Keim dafür erblickt er bereits in der Besatzungszeit. Höhepunkt und Ausgangspunkt für die deutsche Teilung waren die Währungsreformen des Jahres 1948, zuerst die im Westen, danach die im Osten. Damit steuerte die Entwicklung unaufhaltsam auf eine Spaltung des Landes zu, die sich 1949 in der Gründung der beiden deutschen Staaten manifestierte und bis 1990 bestand. Der Autor lässt keinen Zweifel daran, dass die Verantwortung dafür »bei den Westmächten und den westdeutschen Politikern« lag »und nicht, wie behauptet, bei dem östlichen Pendant« (S. 18). Dies ist grundsätzlich richtig, aber vielleicht doch etwas zu einfach. Auf eine differenziertere Sicht wird aber verzichtet. Richtig ist die Forderung, die Geschichte Deutschlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als »Doppelbiographie zweier Staaten« (S. 34) zu schreiben. Aber ist diese Forderung auch realistisch, da die Geschichte doch überwiegend von den Siegern geschrieben wird?

Quer liegt Hecht auch mit seiner Interpretation der »friedlichen Revolution« in der DDR. Einerseits, weil er denen, die heute für sich in Anspruch nehmen, während der DDR-Zeit vierzig Jahre aktiven Widerstand geleistet zu haben, entgegenhält, dass davon merkwürdigerweise bis 1988 »außerhalb der Reihen der SED« kaum etwas zu verspüren war (S. 38). Andererseits wegen seiner Einschätzung der »revolutionären Herbstbewegung des Jahres 1989« als »Ergebnis der Aktivitäten von Bürgerrechtlern sowie von Angehörigen der Funktionselite« (S. 39). Letztere werden in diesem Kontext heute gerne vergessen.

Das Jahr 1990, in der offiziellen Geschichtsschreibung eher ein vergessenes Jahr, füllt bei Hecht ein ganzes Kapitel, als »Jahr der Selbst-

aufgabe« (S. 46). Hierauf folgen Vereinigung und Transformation in kritischer Reflexion. Dabei steht der Elitenwechsel in Ostdeutschland im Zentrum. Inzwischen hat man selbst in Fachkreisen im Westen erkannt, dass hier offenbar zu viel des »Guten« getan wurde, wodurch der Region zwischen Ostsee und Erzgebirge nachhaltiger Schaden zugefügt worden ist. Den größten Schaden tragen freilich die Betroffenen selbst, zu welchen auch der Autor zählt. Aber gerade dieser Schaden ist irreparabel, weshalb es müßig zu sein scheint, ihn immer wieder aufs Neue zu beklagen. Einziger Zweck derartiger Klagen ist es, Fakten festzuhalten, die der historischen Wahrheitsfindung dienlich sind. Alles andere unterliegt der Gefahr, in Selbstgerechtigkeit auszuarten, was weder den Betroffenen noch nachfolgenden Generationen hilft, da vergangenheitsorientiert und nicht auf die Zukunft gerichtet.

Schwarz-Weiß-Malerei kommt in derartigen Darstellungen nie gut an, weder auf der einen noch auf der anderen Seite. So erscheint die Kritik des Neoliberalismus entschieden zu pauschal (S. 107). Ebenso die Feststellung, wonach Ostdeutsche »keinerlei finanzielle Rücklagen« hätten (S. 108). Es stimmt auch nicht, dass sich für »die Mehrheit« der Ostdeutschen durch den Systemwechsel außer »der Chance der Arbeitslosigkeit und des sozialen Abstiegs, der Altersarmut und des verkommenen Gebisses« (S. 122) nichts (oder nur wenig) geändert habe. Dagegen ist es zutreffend, dass die Vereinigung in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht ein Desaster war. Dies nicht zuletzt deshalb, weil »die Mehrheit der Bundesbürger alt weder vereinigungswillig noch -fähig« war (S. 126) und die politischen Eliten sich als unfähig erwiesen, den Einigungsprozess konstruktiv zu gestalten. Vielleicht erscheint »der Ostdeutsche« manchem Westdeutschen heute in der Tat als »Fehlgriff der sozialen Evolution« (S. 132). Dies wird sich aber irgendwann ändern. Die Frage ist daher, wie wir von dieser Fehlwahrnehmung wegkommen und ein faires Miteinander in Deutschland entwickeln können. Dazu findet sich in diesem Buch jedoch kein Abschnitt. Dafür thematisiert der Autor eine Reihe von ungewissen »Zukunftsaussichten« für den Osten, ergänzt durch sozialro-

mantische Ideen einer Gesellschaftsreform, die zur Diskussion herausfordern. So schreibt er zum Beispiel: »Nicht wirtschaftliches Wachstum, sondern soziale Umverteilung des erarbeiteten Vermögens« sei »die Herausforderung der Zukunft« (S. 249). Als Instrument dafür favorisiert er – überraschenderweise in Übereinstimmung mit neoliberalen Hardlinern – ein »Bürgergeld«, das auch denjenigen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen solle, »denen ein Arbeitsplatz nicht mehr zur Verfügung gestellt werden kann« (S. 253). Dass dies für die Mehrheit der Ostdeutschen nur noch eine Rente in Höhe von Hartz IV bedeuten würde, übersieht er dabei. Wie eine Region existieren soll, die wirtschaftlich nicht mehr wächst, sondern nur noch umverteilt, bleibt ein Geheimnis des Autors. An diesen Punkten zeigt sich die Schwäche des Buches: es ist *nicht* zukunftsorientiert, auch da nicht, wo es dies zu sein vorgibt; es ist ein »Vergangenheitsbuch«. Als solches steht es für die durchaus nachvollziehbare Kritik einer bestimmten sozialen Gruppe, der ehemaligen DDR-Elite, und einer ganzen Generation, der heutigen Rentner und Vorrentner, am Vereinigungsprozess. Die nicht dazu gehörenden Gruppen und die nachfolgende Generation aber werden das Buch sehr skeptisch betrachten und es nur mit großen Vorbehalten lesen.

ULRICH BUSCH

Hanno Rauterberg:

»Und das ist Kunst?!«

Eine Qualitätsprüfung,

S. Fischer Frankfurt a. M. 2007,

256 Seiten (16,90 €)

Dem »Zeit«-Redakteur Rauterberg gelingt in diesem Buch eine klare Darstellung all dessen, was keine Kunst ist. Er zeigt am Beispiel von zehn Irrtümern, wie sich heutige Kunst feinsäuberlich und mit allen Marketingtricks verkleidet, um sich als Kunst, die eigentlich keine ist, zelebrieren zu können. »Irrtum Nr. 1« sei, dass »gute« Kunst keine Kriterien kenne und »Nr. 2« behaupte, Kunst müsse immer Neues bieten oder, so Irrtum »Nr. 7« alles könne Kunst sein. Wortgewandt und unterhaltsam

zeigt der Autor für jedes dieser Irrtümer an konkreten Beispielen, wie negativ diese Irrtümer auf Werk und Künstler wirken. »Selbst bei manchen jungen Malern aus Leipzig,« schreibt er als Beweis für Irrtum »Nr. 5«, demzufolge Kunst kein Handwerk brauche, »zeigen sich binnen kurzer Frist erste Risse im Öl, die Grundierung stimmt nicht, die Farbe ist zu dünn aufgetragen. Viele Kunstwerke sind so schludrig gemacht, so unausgereift, als sollten sie nur einen Biennalesommer durchhalten.« Auch die Hintergründe für diese Verflachung der heutigen Kunst benennt der Autor klar beim Namen. »Mag die Kunst auch noch so abstrakt und unverständlich sein, verstanden wird sie dennoch, spätestens sobald ihr Tauschwert festgelegt ist.« Es geht also um Geld. Alles beginne mit dem Markt. Im Gegensatz zu einem teuren Schmuckstück besitzen die Kunst sogar einen doppelten Mehrwert für ihre Käufer, nämlich »die Aussicht darauf, sie eines Tages mit Gewinn weiterverkaufen zu können, und die Sozialdividende. Wer Geld für Kunst ausgibt, der kann sich nachsagen lassen, er habe etwas für die Bildung und ganz allgemein für die Menschlichkeit getan.« Wie diese »Sozialdividende« kontinuierlich dazu geführt hat, dass im Zeitalter des Neoliberalismus nicht mehr die Museen bestimmen was Kunst ist, sondern eben jene Damen, Herren und Stiftungen, die sich andernorts, global und legitim an handfest produziertem Mehrwert bereichern konnten, entwickelt der Autor an Beispielen aus Berlin oder Köln sehr genau. Die Nutznießer dieser »Sozialdividende«, also die Käufer moderner Kunst, stopfen mit ihren Sammlungen, deren einzelne Objekte ein an Geldmangel notorisch leidendes öffentliches Museum gar nicht mehr ankaufen könnte, die Museen zu. Sie diktiert auf diese Weise die Bedingungen, zu denen diese Sammlungen gezeigt werden dürfen.

So wie dem Autor dieser enthüllende erste Teil seines Buches gelungen ist, so zögerlich, schüchtern und, berauscht von Kants und Schellings ästhetischen Theorien, bleibt er im zweiten Teil subjektiv idealistisch.

Er folgt seinen eigenst verwendeten Begriffen, wie »Mehrwert« oder »Dividende« nicht ernsthaft, denn dann wäre er automatisch auf ihre gesellschaftliche Genesis gestoßen, die eben nicht im »Metabereich« von Kunst, son-

dern in der Produktion und den Börsen ihren Ursprung haben. Ihm misslingt das Versprechen, eine Qualitätsprüfung mit positiven Kriterien einzulösen, denn er, ganz kantisch, entwurzelt die Kunst, deren Quelle ja immer das konkrete menschliche Leben ist, wozu auch Mehrwert, Dividende, Krieg, Liebe, Trauer gehören. Was ist also nun Kunst? Sie will, so der Autor, »niemanden zur Wahrheit bekehren«. Sie soll dem Betrachter eine »Lust der Reflexion« bereiten, seine »Erkenntniskräfte stärken«, ihn »ästhetisch weiterbilden«. Alles könne sich dementsprechend in den Museen um »das Verfeinern der Sinne drehen«. Auf diese Weise würde aus dem individuellen Betrachten im Museum ein »kollektives«, das der Autor »Wir-Kategorie« nennt. So präzise der erste Teil des Buches die konkrete Wirklichkeit von heutiger Kunst dargelegt hat, so unpräzise verfährt der Autor mit der Darstellung der gesellschaftlichen Wirklichkeit von Kunst im zweiten Teil.

Es ist eben nicht nur die »Sozialdividende«, also die selbstsüchtige Eitelkeit, die sich hinter den Machern der heutigen Kunst versteckt, sondern dahinter verbirgt sich ein Programm, das durchgesetzt wird von Juroren, die zumeist die Gunst der Kunstspensoren und Sammler suchen. Dies Programm lautet: Kunst hat nichts mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit am Hut! Kunst ist lediglich Intuition! Kunst ist nicht Ideologie oder Philosophie!

Hätte Kunst gar nichts mit Philosophie oder Ideologie zu tun, warum bezieht sich Rautenberg in seinem Buch dann ständig auf Kant und Schelling? Offensichtlich weiß er von der Bedeutung, die Philosophie auf die Künstler hat. Da er in der heutigen Geisteswelt aber offensichtlich niemanden findet, auf dessen Philosophie er seine Kunsttheorie stützen könnte, muss er sich auf die großen Geister der frühbürgerlichen Zeit des revolutionären deutschen Aufbruchs stützen. Das geistige »Material« für die französischen Maler, wie Courbet, lieferten unter anderem die französischen Philosophen La Mettrie, Diderot, Helvétius und Holbach. Delacroix schöpfte besonders aus den Werken von Shakespeare, Aligheiri und Goethe. Rautenberg, der im ersten Teil seines Buches deutlich den Dünger schildert, auf dem die modernen Künstler ihre Werke wuchern lassen, grenzt sich von deren vielfälti-

gen »Lebensphilosophien« deutlich ab, allerdings vermag er nicht, die Wurzeln für die Kunst offen zu legen. Dazu gehört nicht nur der Alltag, sondern auch die Philosophie, ohne die ein Künstler, der ja stets etwas, wie Rautenberg mit Kant sagen würde, »ohne Zweck« schafft, also keine Werkzeuge oder nützliche Alltagsgegenstände produziert, nicht kreativ sein kann. Denn, ähnlich wie die Philosophie, muss die Kunst verallgemeinern. Sie wird, im Gegensatz zur Philosophie, jedoch dadurch stets konkret, dass sie die Besonderheiten des Dargestellten zu zeigen versucht und dadurch eine ganz eigene Welt der Kunst entstehen lässt.

Dieses weltanschaffende der Kunst entsteht dort, wo sie, wie Lukacs sagte, zur »Selbstbewusstheit der Menschen« beiträgt. Aber genau diese Selbstbewusstheit, dieser Blick auf die Menschheit, soll durch die sorgsame Pflege der zehn Irrtümer, forciert von den Nutzern der Kunstsozialdividende, verhindert werden. Ein Blick in die jüngere Geschichte, Rautenberg versäumt das, hätte dies schnell gezeigt, denn im zwanzigsten Jahrhundert wurde unter den Künstlern noch heftig um die menschlich-geistige Orientierung ihrer Kunst gestritten. Sie bezogen sich, so oder so, auf die gesellschaftliche Wirklichkeit von Industrialisierung, Weltkrieg, Vaterlandsverherrlichung. George Grosz griff die kubistischen Maler mit den Worten an: »Was seid ihr anders als klägliche Trabanten der Bourgeoisie?« Oder, etwas weiter zurück, Courbet, er wollte alle Klassen ohne Ansehen der Person zum Thema der Kunst machen. Sein Bild »Steinklopfer«, das 1855 (Pariser Weltausstellung) der Öffentlichkeit präsentiert wurde, stieß auf enorme Ablehnung des Adels. Der Schriftsteller und Freund Courbets Champfleury kommentierte diesen Protest mit den Worten: »Man will nicht zugeben, dass ein Steinklopfer ebensoviel wert ist wie ein Prinz. Der Adel entrüstet sich, dass so viel Meter Leinwand Leuten aus dem Volk zuteil wurden. Nur die Herrscher haben das Recht, in ganzer Figur dargestellt zu werden.« Diese aristokratischen Protestler beschimpften die Malerei Courbets als flachen »Realismus«. Courbet nahm diesen Begriff auf und machte ihn zu seinem Programm. Der »Realismus«, ein Begriff, der den meisten Kunstkritikern Schmerzen bereitet, ist keine

Vorschrift an die Malweise der Künstler, sondern ein wichtiger Schritt, um von der Verdrängung, Verkleisterung oder Verherrlichung des menschlichen Miteinanders zur konkreten, vielfältigen und wirklichen Betrachtung des gesellschaftlichen Seins zu kommen. Denn worin sonst soll die Aufgabe von Kunst bestehen, wenn nicht in der Katharsis, die zur Selbstbewusstheit führt? Der Autor hätte aus dem ersten Teil seines Buches nur die konsequenten Schlussfolgerungen ziehen müssen, dann wäre sein Buch für Studenten der Hamburger Akademie der Künste, wo er Mitglied ist, sicher ein nützlicher Fingerzeig gewesen, der in die Richtung Picassos hätten weisen können. Der zu sagen pflegte: »Es gibt keine abstrakte Kunst«. Picasso nahm Stellung zu der konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit, die von Leid, Hunger, Not und Krieg (»Guernica« 1937; »Massaker in Korea« 1954) geprägt war.

JÜRGEN MEIER

Sergio Bologna u. a.:
Selbstorganisation.
Transformationsprozesse von
Arbeit und sozialem Widerstand
im neoliberalen Kapitalismus,
Die Buchmacherei Berlin 2007,
213 S. (12 €)

Zweifelsohne befindet sich der Neoliberalismus in einer Krise. Die Zeiten, in denen er hegemonial das Denken großer Teile der Gesellschaft, keineswegs bloß der »Eliten«, bestimmte, scheinen vorbei. Die Entstehung und Etablierung der LINKEN ist nur der sinnfälligste Ausdruck hierfür.

Wenn man von neoliberaler Hegemonie, deren Krise sowie Versuchen, ein gegenhegemoniales Projekt zum Neoliberalismus aufzubauen, spricht, muss man in Rechnung stellen, was mit Hegemonie eigentlich gemeint ist. Es handelt sich hierbei keineswegs um ein reines Zwangs- oder Gewaltverhältnis. Vielmehr handelt es sich um eine Herrschaftsform, die auf der – passiven oder aktiven – Zustimmung der Mehrzahl der von ihr Unterworfenen beruht. Eine solche Zustimmung ist nur dann

möglich, wenn an der realen Lebens- und Arbeitssituation der Menschen angeknüpft, ihre Erfahrungen thematisiert und ihre Bedürfnisse zumindest partiell artikuliert werden.

Fasst man nun den Neoliberalismus als eine hegemoniale Herrschaftsform auf, dann stellt sich die Frage, an welche Erfahrungen der Subjekte er anknüpfen konnte/kann, worin seine Attraktivität bestand/besteht und was dies für eine systemtransformierende Praxis sozialen Widerstands bedeutet.

Dem in der Berliner Medienwerkstatt »Die Buchmacherei« erschienenen Sammelband »Selbstorganisation. Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus« lassen sich wichtige Antworten auf diese Fragen entnehmen. Hervorgegangen ist der Band aus einer Veranstaltungsreihe, die das »Institut für sozialökonomische Handlungsforschung (SE-ARI)« zwischen Herbst 2005 und Frühjahr 2006 in Bremen organisierte.

Der Zusammenhang zwischen den Beiträgen wird durch die gemeinsame Orientierung an den thematischen Eckpunkten (Wandel der Arbeitsorganisation, der Entstehungs- und Handlungsbedingungen sozialer Bewegungen, der Subjektconstitution sowie Selbstorganisation hergestellt. In einem ersten Block von Beiträgen geschieht dies in eher theoretischer Form, im zweiten Block mit Hilfe von Beispielen aus der sozialen Praxis. Abschließend wird mit dem Thema Prekarisierung/prekäre Arbeitsverhältnisse eine Diskussion aufgenommen, die mir für die Linke derzeit von zentraler Bedeutung scheint. Damit gelingt es den Autorinnen und Autoren, eine Vielfalt unterschiedlicher Perspektiven mit einer Kohärenz zu verknüpfen, so dass die Beiträge wechselseitig als Erläuterungen und Vertiefungen gelesen werden können.

Gemeinsam ist den Beiträgen die Orientierung an einem transformatorischen bzw. »radikalen« Reformverständnis. »Reformen«, so die Herausgeber in der Einleitung, »orientieren sich hier nicht an den von den Erfordernissen des Kapitals vorgegebenen Grenzen, sondern u. a. an der Frage, inwieweit sie Bedingungen für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsformation in sich tragen und somit über die im Kapitalismus grundsätzlich zur Disposition stehenden Verbesserungen der

Lebens- und Arbeitsbedingungen hinaus nachhaltige Veränderungen befördern« (S. 11).

In einer aufschlussreichen Rekonstruktion der psychosozialen Folgen der (gewaltförmigen) Durchsetzung des Kapitalismus macht Holger Heide in seinem Beitrag »Angst und Kapital. Warum Widerstand im Postfordismus so schwierig ist« einen Vorschlag, wie sich die Entstehung dieser beiden konträren Vorstellungen von Reform erklären lassen und was notwendig ist, um ein transformatorisches Reformverständnis in sozialen Bewegungen verankern zu können. Die gewaltförmige Durchsetzung des Kapitalverhältnisses habe zu einer »kollektiven Traumatisierung« geführt, die sich in einer unbewussten »Identifikation mit dem Aggressor«, d. h. dem Kapital, äußere. Konsequenz hieraus sei eine ungerichtete Wut als Reaktion auf die verdrängte Angst auf der einen, der Verlust an den Glauben an Alternativen zum Kapitalismus *als System* und damit das Sich-Bescheiden auf die Beseitigung von Ungerechtigkeiten *innerhalb* des Systems auf der anderen Seite. Nur wenn innerhalb der sozialen Bewegungen die in jedem Einzelnen sitzende Angst und Wut in einer solidarischen Anstrengung bearbeitet (durchgearbeitet) werde, könne sozialer Widerstand über das Bestehende hinausführen.

Heide macht deutlich, dass es die Subjekte sind, die den Kapitalismus durch ihr Denken und Handeln mit reproduzieren und eine Abstraktion von diesem, die einer antikapitalistischen Theorie und Praxis nicht gerecht zu werden vermag. Was dies für die Praxis sozialer Bewegungen bedeuten könnte, diskutiert er in einem weiteren Beitrag am Verhältnis von Interesse und Bedürfnis exemplarisch am Beispiel von Genossenschaften und den »Anonymen Alkoholikern« als organisierte Selbsthilfegruppe. Er macht zugleich klar, dass ein unvermittelter Appell an die Subjekte »aufzuhören, den Kapitalismus zu machen« (John Holloway) wenig Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn die Bearbeitung der Ängste nicht ein wichtiges Moment der politischen Praxis wird.

Wird die dialektische Verschränkung von Subjekt und Objekt, von Individuum und Gesellschaft bei Heide, wie auch in Michael Danners sozialphilosophischer Reflexion des sich selbst entfremdenden Selbst primär von der

»subjektiven Seite« her entwickelt, so rücken Athanasios Karathanassis und Lars Meyer die »objektiven« polit-ökonomischen Wandlungsprozesse des Kapitalismus in den Mittelpunkt und untersuchen von dort aus, was diese für die Formierung und Beschaffenheit sozialer Bewegungen (Karathanassis) und die spezifischen Subjektivierungsformen in der Lebens- und vor allem Arbeitswelt bedeuten.

Karathanassis macht mit dem begrifflichen Instrumentarium der Regulationstheorie klar, dass die Stärke der klassischen »alten sozialen Bewegungen« in ihren bürokratisch-großorganisatorischen Formen von Gewerkschaften und reformistischen Arbeiterparteien an einen bestimmten Entwicklungsstand des Akkumulationsregimes gebunden war und nur eine besondere Form der Regulation des Kapitalverhältnisses darstellt. Mit dem Übergang zum Postfordismus werden diese bürokratischen Großorganisationen in zweifacher Weise in Frage gestellt: Zum einen werden sie als Verhandlungspartner in einem korporatistischen »Wettbewerbsbündnis« für die Kapitalstrategien immer entbehrlicher. Zum anderen entsprechen sie immer weniger den gewandelten Bedürfnissen der Menschen nach Autonomie und Selbstorganisation.

Die Widersprüchlichkeit der »neuen Autonomie« in der Arbeitswelt ist Gegenstand der arbeitssoziologischen Skizze bei Lars Meyer. Diese ergibt sich seiner Ansicht nach dadurch, dass mit betriebswirtschaftlichen Konzepten der »indirekten Steuerung« zwar den Bedürfnissen nach Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Autonomie entgegengekommen wird. Da der Rahmen, in dem diese Prozesse stattfinden, jedoch durch Imperative der Kapitalverwertung diktiert wird, komme es zu einer pathologischen Verkehrung, die sich in Selbstausbeutung, Intensivierung von Arbeit, Stress etc. äußere.

Empirisch gesättigt werden die oben skizzierten theoretischen Diskussionen durch Beispiele sozialen Widerstands, welche wiederum als Reaktion auf die sich verändernden Arbeitsorganisationen und betrieblichen Strategien gesehen werden müssen. Der Versuch der Selbstorganisation spielt hier eine wesentliche Rolle, am Beispiel der französischen SUD-Gewerkschaften, des Kampfes gegen die Einführung des CPE sowie der confédération pay-

sanne bei Willi Hajek, ebenso wie in Inken Wanzeks Beitrag über das NCI-Netzwerk bei Siemens.

Um den Faden vom Anfang noch einmal aufzunehmen. Aus dem Buch lässt sich lernen, dass eine politische Praxis, die auf eine Überwindung der Kapitaldominanz abzielt, nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die Wandlungsprozesse, die mit dem Neoliberalismus/Postfordismus einher gingen, ernst nimmt, und sich fragt, inwiefern die Bedürfnisse (Autonomie, Selbstorganisation etc.), die durch diesen in pervertierter Form artikuliert werden, auf »höherer Stufe« eingelöst werden können. Dies schließt ein Zurück zu den scheinbar »goldenen Zeiten« des Keynesianismus, dessen ökologische und globale Kosten sowie rassistische und sexistische Abschlussmechanismen von so manchen zur Zeit geflissentlich übersehen werden, aus. Dass die sozialen Bewegungen in diesem Transformationsprozess eine zentrale Rolle spielen (müssen), steht außer Frage. Daneben scheint mir aber auch eine Wandlung und Revitalisierung von Parteien und Gewerkschaften als Akteuren sozialen Widerstands notwendig. In welche Richtung eine solche Veränderung gehen müsste, auch dafür lassen sich dem besprochenen Buch, neben den Herausforderungen, die mit den Wandlungen des Kapitalismus für eine widerständige Theorie und Praxis einhergehen, wichtige Hinweise entnehmen. Bleibt zu hoffen, dass das unterbreitete Diskussionsangebot rege genutzt wird.

ALEXANDER SCHLAGER

Günter Benser:
Volksbühne Heidenau
1906 bis 1939 – 1945 bis 1949.
Die bewegte Geschichte eines
Amateurtheaters, edition bodoni
Berlin 2007, 238 S., zahlreiche
Fotos und Faksimiles (17,90 €)

Was kann dazu bewegen, die Geschichte des Amateurtheaters einer sächsischen Kleinstadt zu lesen? Einer »Laienspielgruppe«, die sich bei ihrer Gründung 1906 wohl eher zufällig den beziehungsreichen Namen »Volksbühne

Heidenau« gab, die bis 1939 geschickt überdauern konnte und der es nach 1945 bei dem Versuch, wieder in Gang zu kommen, ähnlich erging, wie vielen anderen Traditionsbeständen deutscher Arbeiterkultur.

Zunächst: Kulturgeschichte der Arbeiter und die der Arbeiterkulturbewegung sind heute kein aufregendes Thema mehr. Das war vor gut dreißig Jahren anders. Zuerst begann im Osten der kulturhistorische Blick auf Kultur und Lebensweise der »wirklichen Arbeiter« das stramm an der politischen Geschichte ausgerichtete Bild von der »herrschenden Arbeiterklasse« etwas zu relativieren und zu öffnen. Erste Studien zur Arbeiterkulturbewegung erweiterten damals den Horizont der politischen Organisationsgeschichte. Und »im Westen« ging bald darauf die Kulturfraktion der politisierten 68er daran, die Arbeitertraditionen auf ihre mögliche Lebenskraft zu prüfen und nach dem »Veränderungspotential« der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen zu fragen. Dieses Interesse konnte sogar akademisch etabliert werden, und die historische Arbeiterkultur avancierte zum Thema von wissenschaftlichen Konferenzen und Sammelbänden.

Die Erinnerung mag täuschen, aber das Theaterspielen von Arbeitern gehörte damals nicht zu den bevorzugten Gegenständen. Vielleicht war dazu schon alles gesagt, denn hier blieb es weitgehend bei dem, was bereits 1961 von Ludwig Hoffmann (über die Weimarer Zeit) und dann 1971 von Friedrich Knilli und Ursula Münchow (über das frühe deutsche Arbeitertheater) vorgelegt worden war. Für solche eher geringere Aufmerksamkeit ließen sich mehrere Gründe finden. Voran vielleicht die »Musealisierung« des Liebhabertheaters. Es spielte aktuell für die Geselligkeit der breiten Schichten nicht mehr die Rolle, die es vor dem Zweiten Weltkrieg hatte. Wohl darum war auch das Interesse an seiner (hauptsächlich politischen) Instrumentalisierung weitgehend erloschen. Und dann die Schwierigkeiten mit den Quellen. Günter Benser führt anschaulich (und lehrreich auch für Kulturhistoriker) vor, was da alles herangezogen und geprüft werden kann und wohin die Spurensuche den motivierten Historiker führt – voran in die diversen Archive und Bibliotheken. Hier aber hat das Theaterspielen so gut keine Spuren hinterlassen, es finden sich günstigstenfalls

Nachrichten über seine wirtschaftlichen und organisatorischen Bedingungen, Texte und die Spuren von Zensur und Kontrolle. Es ist darum nicht verwunderlich, dass auch die auf die frühen Arbeiten folgenden kleineren Studien zum historischen Arbeitertheater sich vorrangig mit seiner Organisationsgeschichte oder mit den Texten der dramatischen Literatur befassten.

Auch die von Günter Benser erschlossenen Quellen sprechen nur sehr indirekt über das reale Vereinsleben, über die persönlichen Eigenheiten seiner Protagonisten, ihre Motive, Erfolge und Enttäuschungen. Es ist also nur zu vermuten, was da wirklich geschah, wenn sich arbeitende Menschen in ihrer freien Zeit zusammenfanden, um für andere aus ihrem sozialen Umfeld Vergnügliches zu inszenieren und sich ihnen in anderer Rolle zu präsentieren. Bestenfalls in Erinnerungen von Zeitzeugen ist noch erkennbar, welche Selbstwertsteigerung für die Vereinsmitglieder damit verbunden war, sich solcherart Lebensbereiche außerhalb von Arbeit und Familie zu erschließen, in bescheidenem Maße öffentlich zu werden, Freundschaften und gesellige Kontakte zu pflegen. Und dabei zu lernen, andere Rollen zu spielen und zu erleben, welchen inszenatorischen Regeln das Leben gehorcht. Wichtig war sicher auch die Gelegenheit, sich selbst körperlich auszustellen und in Stücken mitzuspielen, die meist von Liebe und Herzeleid handelten. Das Vergnügen an den vorge-spielten amourösen Affären muss beträchtlich gewesen sein – man schaue sich nur die unternehmungslustigen jungen Damen von der Volksbühne Heidenau auf dem Foto von der Demonstration des Kulturkartells an (S. 77) oder das der feschen Eltern des Verfassers (S. 14), die beide zu den Stützen des Ensembles gehört haben.

Auf solche Art von »Arbeitertheater« mochte die hier erwähnte kulturhistorische Literatur kaum eingehen und fand dafür bestenfalls entschuldigende Worte. So heißt es in der Einleitung (der 3. Auflage von 1977) von Ludwig Hoffmann (nun zusammen mit Daniel Hoffmann-Ostwald): »Außerdem schlossen sich politisch uninteressierte Arbeiter lediglich deshalb zu Theatervereinen zusammen, um gesellige Abende mit Theateraufführungen und anschließendem Ball zu veranstalten.«

Von »minderwertigem Ersatz für das herrschende Berufstheater« (S. 24) ist da die Rede. »Diese Form des proletarischen Laientheaters unterschied sich kaum vom üppig wuchernden Dilettantentheater des Kleinbürgertums.« Weil es sich aber um theaterfreudige Arbeiter handelte, wurde wenigstens nachsichtig angefügt: »Auch der Theaterverein war eine Gegenwehr gegen die verkrüppelnde Wirkung der Ausbeutung, war ein Versuch, am kulturellen Leben teilzunehmen. Er war Selbsthilfe mit untauglichen Mitteln. Daß aber die Mittel untauglich blieben, ging auf andere Ursachen zurück.« (S. 16)

Entschuldbar war solches Versagen für die DDR-Autoren freilich nur bis 1919, danach war es klar: als wirkliches Arbeitertheater konnte nur noch akzeptiert werden, was sich selbst als kommunistisch verstanden hat. So grundsätzlich mochte einst auch Günter Benser geurteilt haben – im Widerstreit mit den eigenen Erfahrungen. Sein Großvater gehörte zu den Begründern des Theatervereins und war über Jahrzehnte ihr Regisseur. »In meinem Elternhaus – wir wohnten im Hause der Großeltern in der Dohnaer Straße 41 – drehte sich fast alles um die Volksbühne.« (Im umfangreichen Personenregister ist der Name Benser siebenmal aufgeführt.) Der Verfasser selbst stand als Kind auf der Bühne. Ein Foto zeigt ihn als (kleinsten) Zwerg mit geschultertem Hammer in Hauptmanns »versunkener Glocke«. Sein herzkranker Vater verstarb während einer Aufführung als Schauspieler in der Garderobe. »Trotz dieser Kindheitserinnerungen ergriff mich nie das Verlangen, als Amateurschauspieler in die Fußtapfen meiner Eltern und meiner beiden Großväter zu treten. Ich bin Historiker geworden, und habe es nie bereut.« (S. 13).

Doch war es offenbar diese berufliche Karriere, die Günter Benser nach einer Lehre als Industriekaufmann über die Arbeiter- und Bauernfakultät und das Geschichtsstudium in Leipzig bis in das Institut für Marxismus-Leninismus brachte, die ihn lange Zeit daran gehindert hat, seine lebendigen Erfahrungen mit der Arbeiterkultur auch als würdigen wissenschaftlichen Gegenstand zu akzeptieren. »Es gab immer tatsächlich oder angeblich Wichtigeres zu tun.« (S. 14) Nun stellt er »mit großem Bedauern« fest, dass er als versierter

Historiker »so manches Dokument, so manches Photo, so manches museale Stück (hätte) zusammentragen können. Da wäre manche Erinnerung aufzuschreiben gewesen, die mit ins Grab genommen worden ist. Mit Hilfe von Zeitzeugen hätten sich viele Geschehnisse und Zusammenhänge rekonstruieren lassen. Warum nur habe ich das nicht getan, obwohl mein Interesse an der Volksbühne mit der Zeit wuchs, repräsentiert sie doch ein bemerkenswertes Kapitel in der Geschichte meiner Heimatstadt wie auch ein Stück unserer Familiengeschichte.« (S. 14)

Es macht den Charme des Buches aus, dass man miterleben kann, wie ein Politik-Historiker der DDR (überdies langjährig Spezialist für kommunistische Parteien) daran geht, sorgsam und mit Empathie die Geschichte eines künstlerischen Arbeitervereins zu rekonstruieren, der nach Auffassung der politischen Bewegung zu jenem abzulehnenden Klimbim gehörte, der die Arbeiter von ihrer eigentlichen Aufgabe ablenke. Vielleicht ist das doch nicht nur der Altersweisheit geschuldet – wie Günter Benser es selbst nahe legen möchte –, wenn er anmerkt, dass beim Autor »im Laufe der Jahre der Respekt vor den Akteuren der Volksbühne gewachsen ist und er als Siebzjähriger wohl mit mehr Verständnis und Wärme über diese zu schreiben vermag, als er dies als Vierzigjähriger vermocht hätte.« (S. 17) Hier war eine ideelle Barriere zu überwinden, denn schädlich waren solche »kleinbürgerlichen Unterhaltungen« ja nicht nur nach Auffassung früher SED-Geschichtsschreiber. Bereits für die alte Sozialdemokratie, vor allem für ihre Bildungsausschüsse, waren sie minderwertig bis schädlich. Seit Franz Mehring und der Gründung der Volksbühnenorganisation ging es darum, diese Formen der Selbstversorgung ebenso zu überwinden wie das so genannte Volkstheater. Arbeiter sollten Zugang zur »echten Kunst« erhalten. Kriterium der Wertschätzung war das, was in heutigen Worten »kulturelle und politische Bildung« heißt.

Günter Benser begründet seine salomonische Lösung so: »Die Agit-Prop-Szene und die Dramatischen Vereine vom Charakter der Heidenauer Volksbühne – das waren zwei verschiedene Welten. Doch beide Strömungen schöpften aus dem gleichen sozialen Milieu,

zeugten vom Streben nach Selbstverwirklichung von Werktätigen auch außerhalb der Arbeitswelt. Beide Strömungen wandten sich an die gleichen Adressaten – an die arbeitende Bevölkerung. Die einen wollten diese aufrütteln und belehren, die anderen wollten diese unterhalten und etwas Freude ins triste Dasein bringen, ohne immer den Finger in die durch soziale Gegensätze und politische Frontlinien aufgerissenen Wunden zu legen. Zeitgenössisch waren dies unvereinbare Motivationen. Rückblickend gesehen, hatten beide ihre Berechtigung. Denn wieso eigentlich sollte ein Arbeiter nicht am Sonntag über eine Klamotte wie »Die verschwundene Pauline« lachen und am Montag für seine Rechte demonstrieren oder streiken?« (S. 96)

Günter Benser kann diese Wertung durch seine Studie belegen. Sie schildert, wie ein Kreis von engagierten Arbeitern, Angestellten, kleinen Gewerbetreibenden und ihren Ehefrauen das Amateurtheater »Volksbühne« als eine geachtete Institution des städtischen Kulturlebens über Jahrzehnte am Leben hielten und mit ihrem Dramatischen Verein ein wichtiger Akteur des örtlichen »Kulturkartells« waren. Ähnlich anderen Vereinen, vornehmlich in Sachsen. Ob sich deren Mitglieder, wie die der Volksbühne Heidenau, gleichfalls mehrheitlich als politisch Linke verstanden haben, mag Benser nicht belegen. Als sicher gilt ihm, dass »diese dramatischen Vereine ... zweifellos überwiegend ein Betätigungsfeld der zu kultureller Selbstbetätigung drängenden unteren Volksschichten« waren. (S. 36)

Und es versteht sich, dass der Autor nicht nur die eigene Erinnerung mobilisiert und die Geschichte der Familie und des Heimatortes lebendig werden lässt. Als versierter Politikhistoriker präsentiert er keine bornierte Lokalgeschichte, sondern leuchtet zugleich die Hintergründe des Organisationslebens deutscher Theatervereine aus und deutet immer wieder auch die Zusammenhänge mit der großen Politik an und rekonstruiert, auf welche Weise sie auf das lokale kulturelle Leben durchschlägt. Das gilt besonders für die beiden Kapitel über die NS-Zeit (»Unter den braunen Machthabern« und »Die Liquidierung der Volksbühne Heidenau«). Auch hier wird auf die verwickelten kulturpolitischen Bemühungen der NS-Funktionäre hingewiesen, um an-

zudeuten, an welchen Umständen die (letztlich vergeblichen) Bemühungen zu messen sind, die Heidenauer Spielgemeinschaft zu erhalten. »Wie im einzelnen versucht worden ist, das Schiff der Volksbühne zwischen Zerschlagung und Anpassung hindurchzusteuern, können wir nur ahnen. Eine offene Konfrontation hätte zweifellos nicht nur das jähe Ende der Volksbühne bedeutet, sondern auch viele Mitglieder an Leib und Leben gefährdet. Also arrangierte man sich zumindest äußerlich.« (S. 121) Instrukтив und lesenswert auch das Schlusskapitel über die letztlich erfolglosen »Bestrebungen zur Neubelebung der Volksbühne«. Hier werden sowohl einige der Schwierigkeiten sichtbar gemacht, die einer Wiederbelebung der Arbeiterkultur entgegenstanden als auch angedeutet, in welchen neuen Formen das Laientheater nun neue Chancen bekam. Die lagen aber eher in seinen anspruchsvoll-bildenden und politisch-bekennenden Varianten.

Im Kern ist es wohl dem Credo »kultureller Hebung« und der damit verbundenen distanzierten Haltung gegenüber den (»politisch indifferenten« und »kulturell minderwertigen«) Arbeitervergnügungen geschuldet, dass die Forschungen zur Arbeiterkultur sich auf bestimmte Bereiche beschränkten. So finden sich wissenschaftliche Berichte über das Arbeitertheater der Kultursozialisten, über proletarisch-revolutionäres Theater, über sozialdemokratische und sozialistische Arbeiterdramatik, über das Arbeitertheater als Instrument politischer Propaganda, über Sprechchöre und Massenspiele, über die Volksbühnenorganisation, proletarisch-revolutionäres Berufstheater – aber so gut wie nichts über die vielen vornehmlich von Arbeitern getragenen Amateurtheater vom Typus der Heidenauer »Volksbühne«. Außerhalb des Schrifttums der diversen (bis in die Gegenwart rührigen) Verbände der Laienbühnen, hat es bislang keine wissenschaftliche Studie gegeben, die die Geschichte eines solchen Arbeitertheaters zu rekonstruieren versucht hätte. Hier ist das Buch von Günter Benser ein Novum. Auch weil der umfangreiche Anhang (detaillierte Aufstellung aller zwischen 1920 und 1939 aufgeführten Stücke, Funktionsübersicht aller Vereinsmitglieder, ausgewählte Pressestimmen u. a.) ausweist, was mit etwas

Glück noch zu sichern möglich ist. Er hat zeigen können, dass ein solches Unternehmen trotz schwieriger Quellenlage lohnen kann und mehr einträgt als eine lokalgeschichtliche Bestandsaufnahme. Denn sein »Bericht über das Wirken eines dramatischen Vereins« ist nicht nur das geworden, was er sich vorgenommen hatte, nämlich »eine Würdigung aller vergleichbaren Unternehmungen und ihrer engagierten Akteure« (S. 16). Es ist zugleich eine exemplarische Studie zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiter im 20. Jahrhundert geworden, ein Lehrstück. Und überdies ist es ein vergnüglich zu lesendes Buch, das man gerne in die Hand nimmt, weil die Spezialisten von der *edition bodoni* dem eine würdige und angemessen schöne Form gegeben haben.

DIETRICH MÜHLBERG